



DS-Nr. 197/2014

Freie Wählergruppe Neustadt an der Weinstraße e.V.

An die
Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße
Herrn Oberbürgermeister Löffler

Neustadt an der Weinstraße, den 22.07.2014

Weitergehender Antrag der FWG-Fraktion zum Antrag der FDP-Fraktion betreffend die Zukunft der Wirtschaftsförderung für die Stadtratsitzung am 24.7.2014- DS-Nr. 186/2014 -

Die FWG-Stadtratsfraktion stellt folgenden weitergehenden Antrag

Der Stadtrat bittet die Verwaltung, schnellstmöglich einen hauptamtlichen Geschäftsführer der WEG anzustellen und zusammen mit dem (neuen) Aufsichtsrat der WEG ein dem aktuellen Bedarf entsprechendes Wirtschaftsförderungskonzept zu entwerfen und dem Stadtrat vorzulegen.

Begründung:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 11.7.2014 enthält allgemeine Programmsätze mit Resolutionscharakter. Angesichts der großen Bedeutung der kommunalen Wirtschaftsförderung bedürfen sie der Konkretisierung. Demzufolge werden mit dem Antrag die ersten Schritte zu einer grundlegenden und unausweichlichen Reform der Neustadter Wirtschaftsförderung eingeleitet.

Mit der Vorgabe der zeitnahen Bestellung eines neuen hauptamtlichen Geschäftsführers wird die mehrmonatige Interimslösung nach dem Weggang des früheren hauptamtlichen Geschäftsführers und der nebenamtlichen Betrauung des Stadtkämmerers mit dieser Aufgabe beendet. Vielfalt, Anspruch und Bedeutung des Aufgabenfeldes verlangen dies. Mit einer Stellenausschreibung kann hinreichend qualifiziertes Personal angesprochen werden.

Die Notwendigkeit der Erstellung eines der aktuellen Situation entsprechenden Wirtschaftsförderungskonzeptes erschließt sich nicht nur aus den serienmäßig negativen Umfrageresultaten der IHK zum Wirtschaftsstandort Neustadt. Vielmehr müssen engmaschig standortbezogene Bedarfslagen für Innenstadt, Stadtrandgebiete und Ortsteile ermittelt werden.



Freie Wählergruppe Neustadt an der Weinstraße e.V.

Dazu gehören auch spezifizierte Angebote für ortsansässige umsiedlungswillige Betriebe sowie ein Anwerbekonzept für ortsfremde Betriebe und Existenzgründungen. Private Eigentümer von gewerblich nutzbaren Flächen sind mit einzubeziehen. Eine Schnittstelle zwischen WEG und Verwaltung muss eingerichtet werden, um alle verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten mit betrieblichen Bezügen über einen einheitlichen Ansprechpartner zu regeln.

Marc Weigel, Fraktionsvorsitzender